

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 98

Die Anfechtung der Vollmacht nach  
bürgerlichem Recht und Handelsrecht

Von

Dr. Rolf Stüsser



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**ROLF STÜSSER**

**Die Anfechtung der Vollmacht  
nach bürgerlichem Recht und Handelsrecht**

**Schriften zum Bürgerlichen Recht**

**Band 98**

# Die Anfechtung der Vollmacht nach bürgerlichem Recht und Handelsrecht

Von

Dr. Rolf Stüsser



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Stüsser, Rolf:**

Die Anfechtung der Vollmacht nach bürgerlichem  
Recht und Handelsrecht / von Rolf Stüsser. –

Berlin: Duncker und Humblot, 1986.

(Schriften zum Bürgerlichen Recht; Bd. 98)

ISBN 3-428-05936-0

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1986 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Satz: Klaus-Dieter Voigt, Berlin 61. Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61

Printed in Germany

ISBN 3-428-05936-0

*Für Anita*



## Vorwort

Diese Arbeit hat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn im Wintersemester 1984/85 als Dissertation vorgelegen. Rechtsprechung und Literatur, die bis zum Frühjahr 1985 erschienen, wurden möglichst noch berücksichtigt.

Angeregt und betreut wurde die Arbeit von meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Marcus Lutter, dem ich neben seinen vielfältigen Anregungen auch für seine Geduld und großzügige Unterstützung sehr zu danken habe. Dank schulde ich auch Herrn Professor Dr. Peter Hommelhoff, an dessen Lehrstuhl ich gut zwei Jahre meiner Doktorandenzeit als Assistent verbringen durfte; aus vielen Gesprächen mit ihm habe ich wesentliche Anregungen besonders für den zweiten Teil der Arbeit erhalten.

Zu Dank verpflichtet bin ich auch dem Arbeitskreis Wirtschaft und Recht im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, der mich während des Entstehens der Arbeit ein Jahr mit einem großzügigen Stipendium unterstützt und die Drucklegung der Arbeit durch einen namhaften Druckkostenzuschuß gefördert hat, und vielen anderen, die mir bei der Anfertigung der Arbeit Hilfe geleistet haben.

Den größten Dank aber schulde ich meiner Frau. Sie hat die Belastungen durch die Arbeit mit getragen und mir stets den nötigen Rückhalt geboten; hierdurch ist mir die Fertigstellung der Arbeit erst ermöglicht worden. Ihr ist deshalb die Arbeit gewidmet.

Herne, im August 1985

*Rolf Stüsser*



# Inhaltsübersicht

## Einleitung

§ 1	Einführung in die Problematik .....	27
§ 2	Gang der Untersuchung .....	29

### *Erster Teil*

## **Die Anfechtung der Vollmacht nach bürgerlichem Recht**

### 1. Abschnitt

#### **Die Irrtumsanfechtung der ausdrücklichen Bevollmächtigung (§ 167 Abs. 1 BGB)**

§ 3	Der Gegenstand der Anfechtung .....	32
§ 4	Der Anfechtungsgegner und die Ersatzansprüche aus § 122 BGB und § 179 BGB .....	40
§ 5	Die zur Anfechtung gem. § 119 BGB berechtigenden Irrtümer .....	53
§ 6	Wertung der Ergebnisse des 1. Abschnitts .....	76

### 2. Abschnitt

#### **Die Irrtumsanfechtung der stillschweigenden Bevollmächtigung**

§ 7	Die Voraussetzungen der stillschweigenden Bevollmächtigung .....	98
§ 8	Die Anfechtung der stillschweigenden Vollmacht .....	109

### 3. Abschnitt

#### **Die Anfechtung der Vollmachtsgundgaben (§§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1 BGB)**

§ 9	Normzweck, dogmatische Einordnung und Anwendungsbereich der §§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1 BGB .....	112
§ 10	Die Voraussetzungen der §§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1 BGB .....	117
§ 11	Die Anfechtung der Vollmachtsgundgabe .....	124
§ 12	Wertung der Ergebnisse des 3. Abschnitts .....	130

## 4. Abschnitt

**Die Anfechtung der Duldungs- und Anscheinsvollmacht**

§ 13 Zweck, dogmatische Einordnung und Anwendungsbereich der Duldungsvollmacht .....	133
§ 14 Die Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Duldungsvollmacht .....	140
§ 15 Die Anfechtung der Duldungsvollmacht .....	149
§ 16 Dogmatische Einordnung, Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Anscheinsvollmacht .....	154
§ 17 Wertung der Ergebnisse des 4. Abschnitts .....	168

## 5. Abschnitt

**Die Vollmachtsanfechtung wegen Drohung und arglistiger Täuschung  
(§ 123 BGB)**

§ 18 Die Voraussetzungen der Anfechtung nach § 123 BGB .....	180
§ 19 Der Anfechtungsgegner und die Rechtsfolgen der Vollmachtsanfechtung nach § 123 BGB .....	193
§ 20 Wertung der Ergebnisse des 5. Abschnitts .....	197
§ 21 Schlußbetrachtung des 1. Teils und Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse .....	203

*Zweiter Teil***Die Anfechtung der Vollmacht nach Handelsrecht**

## 1. Abschnitt

**Die Geltung der Rechtsgeschäftslehre im Handelsrecht**

§ 22 Die besondere Problematik der Anfechtung der handelsrechtlichen Vollmachten .....	205
§ 23 Die Geltung der Rechtsgeschäftslehre im Handelsrecht .....	208

## 2. Abschnitt

**Der vertretungsrechtliche Verkehrsschutz des Handelsrechts**

§ 24 Der Verkehrsschutz bei Prokura und Handlungsvollmacht .....	212
§ 25 Der Verkehrsschutz des § 56 HGB und die Anscheinsvollmacht im Handelsrecht .....	220

3. Abschnitt

**Die besondere Beteiligung des Kaufmanns am Geschäftsverkehr  
und die Konsequenzen für die Vollmachtsanfechtung**

§ 26 Die unternehmensbezogenen Vollmachten als Akte der Organisation des kaufmännischen Unternehmens .....	230
§ 27 Die dem Anfechtungsausschluß beim Schweigen im Handelsverkehr zugrundeliegende Wertung .....	244
§ 28 Die Verteilung des kaufmännischen Organisationsrisikos hinsichtlich der handelsrechtlichen Vollmachten .....	274
§ 29 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des 2. Teils .....	289

Dritter Teil

**Übertragbarkeit der handelsrechtlichen Ergebnisse  
in das bürgerliche Recht**

§ 30 Die Einschränkung der Vollmachtsanfechtung durch nichtkaufmännische Unternehmensträger .....	290
---	-----

<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>304</b>
-----------------------------------	------------



# Inhaltsverzeichnis

## Einleitung

§ 1	<i>Einführung in die Problematik</i> .....	27
§ 2	<i>Gang der Untersuchung</i> .....	29

## Erster Teil

### Die Anfechtung der Vollmacht nach bürgerlichem Recht

#### 1. Abschnitt

#### Die Irrtumsanfechtung der ausdrücklichen Bevollmächtigung (§ 167 Abs. 1 BGB)

§ 3	<i>Der Gegenstand der Anfechtung</i> .....	32
	A. Die möglichen Anfechtungsgegenstände .....	32
	B. Die Auffassung des Gesetzgebers .....	32
	C. Abweichende Ansichten im Schrifttum .....	34
	I. Die Lehre von Müller-Freienfels .....	34
	II. Die Ansicht Siebenhaars .....	35
	III. Die Lehre Rosenbergs .....	36
	D. Stellungnahme .....	37
	I. Die Regelungen der §§ 166, 167 Abs. 2 BGB .....	37
	II. Der Grundsatz der Privatautonomie .....	38
	III. Die Rückwirkung der Anfechtung gem. § 142 Abs. 1 BGB .....	39
	IV. Folgerung .....	40
§ 4	<i>Der Anfechtungsgegner und die Ersatzansprüche aus § 122 BGB und § 179 BGB</i> .....	40
	A. Der Anfechtungsgegner (§ 143 BGB) bei der Außenvollmacht (§ 167 Abs. 1 2. Alt. BGB) .....	41
	I. Der Vertragspartner des Vertreters als Anfechtungsgegner .....	41
	II. Anfechtung auch gegenüber dem Vertreter? .....	41
	1. Der Wortlaut des § 143 Abs. 3 S. 1 BGB .....	41
	2. Der Rechtsgedanke des § 168 S. 3 BGB .....	42
	3. Ergebnis .....	42
	B. Der Anfechtungsgegner (§ 143 BGB) bei der Innenvollmacht (§ 167 Abs. 1 1. Alt. BGB) .....	43

C.	Die Ersatzansprüche aus § 122 BGB und aus § 179 BGB bei der Anfechtung der Außenvollmacht	44
I.	Die Haftung des Vollmachtgebers aus § 122 BGB	44
II.	Die Haftung des Vertreters aus § 179 BGB	44
1.	Der Wortlaut des § 179 BGB	44
2.	Restriktion des § 179 BGB	44
a)	Unkenntnis des Vertreters von der Anfechtbarkeit	45
b)	Kenntnis des Vertreters von der Anfechtbarkeit	46
c)	Das Verhältnis der Haftung des Vertreters zu der des Vollmachtgebers	46
D.	Die Ersatzansprüche aus § 122 BGB und aus § 179 BGB bei Anfechtung der Innenvollmacht	47
I.	Die Haftung des Vertreters aus § 179 BGB	47
II.	Die Haftung des Vertretenen gegenüber dem Dritten	49
III.	Haftung des Vollmachtgebers gegenüber dem Vertreter	52
IV.	Ergebnis	52
E.	Der Anfechtungsgegner und die Ersatzansprüche bei der Bevollmächtigung durch öffentliche Bekanntmachung	52
§ 5	<i>Die zur Anfechtung gem. § 119 BGB berechtigenden Irrtümer</i>	53
A.	Irrtümer des Vollmachtgebers über das Vertretergeschäft	53
I.	Der geschäftsbezogene Irrtum als Erklärungsirrtum für die Vollmacht	54
II.	Der geschäftsbezogene Irrtum als Inhaltsirrtum für die Vollmacht	54
III.	Der geschäftsbezogene Irrtum ohne rechtserhebliche Auswirkung auf die Vollmacht	55
1.	Die Folgen für die Anfechtbarkeit der Vollmacht	55
2.	Die Folgen für die Anfechtbarkeit des Vertretergeschäfts	55
B.	Irrtümer des Vollmachtgebers über den Umfang der Vollmacht	56
C.	Irrtümer des Vollmachtgebers über die Person oder eine Eigenschaft des Vertreters	56
I.	Die Vereinbarkeit der Anfechtung wegen personenbezogener Irrtümer mit dem Wesen der Vollmacht	56
II.	Der error in persona	57
III.	Der Eigenschaftsirrtum gem. § 119 Abs. 2 BGB	57
1.	Die Beschränkung des Anwendungsbereichs des § 119 Abs. 2 BGB durch die Rechtsprechung	58
2.	Die Auffassung Flumes	59
3.	Die Ansicht Kramers	59
4.	Die Auswirkung auf die Vollmachtsanfechtung	60
D.	Die fehlerhafte Willenserklärung	60
I.	Die Bedeutung des Handlungswillens für den Tatbestand der Willenserklärung	61
II.	Die Bedeutung des Geschäftswillens für den Tatbestand der Willenserklärung	61

III. Die Bedeutung des Erklärungsbewußtseins für den Tatbestand der Willenserklärung: Überblick über den Meinungsstand .....	63
1. Der Meinungsstand in der Literatur (Überblick) .....	63
2. Der Meinungsstand in der Rechtsprechung (Überblick) .....	65
IV. Stellungnahme zur Bedeutung des Erklärungsbewußtseins für den Tatbestand der Willenserklärung .....	65
1. Der Begriff der Willenserklärung .....	65
2. Die Verwendung des Begriffs Willenserklärung im BGB .....	65
3. Die Störlösung in den §§ 116ff. BGB .....	66
a) § 119 Abs. 1 BGB .....	66
b) § 118 BGB .....	67
c) Die Gesamtregelung in §§ 116ff. BGB .....	68
4. Der Grundsatz der Privatautonomie .....	69
5. Die Auslegungsgrundsätze der §§ 133, 157 BGB .....	70
6. Wertender Vergleich mit der Irrtumsregelung des § 119 BGB ..	71
7. Wertender Vergleich mit § 118 BGB .....	73
8. Die Auswirkung auf die Privatautonomie .....	73
9. Ergebnis .....	73
V. Die Zurechnungsvoraussetzungen einer Erklärung ohne Erklärungsbewußtsein .....	73
1. Die möglichen Lösungen .....	74
2. Vergleich mit § 119 BGB .....	74
3. Analyse der widerstreitenden Interessen .....	74
VI. Zusammenfassung zu D .....	76
§ 6 Wertung der Ergebnisse des 1. Abschnitts .....	76
A. Die Ersatzansprüche bei der Vollmachtsanfechtung .....	76
I. Wertung der Ergebnisse bei der Außenvollmacht .....	76
II. Wertung der Ergebnisse bei der Innenvollmacht .....	77
1. Der Normalfall .....	77
2. Die Problemfälle .....	77
a) Zahlungsunfähigkeit des Vollmachtgebers .....	78
b) Zahlungsunfähigkeit des Vertreters .....	79
c) Beschränkte Geschäftsfähigkeit des Vertreters .....	80
d) Ergebnis .....	82
B. Die zur Anfechtung der Vollmacht berechtigenden Irrtümer .....	82
I. Die Auswirkungen eines Irrtums bei der Bevollmächtigung auf das Vertretergeschäft .....	83
1. Irrtümer über das Vertretergeschäft .....	83
2. Irrtümer über den Umfang der Vertretungsmacht .....	84
3. Vertreterbezogene Irrtümer .....	85
4. Bevollmächtigung ohne aktuelles Erklärungsbewußtsein .....	85
II. Die Einschränkung des Anfechtungsrechts .....	85
1. Problemstellung .....	85
2. Der Ausschluß des Anfechtungsrechts wegen Rechtsmißbrauchs .....	86

3. Ausschluß des Anfechtungsrechts bei eigener Bewertung des Geschäfts durch den Vertreter? .....	88
a) Die Bedeutung des § 166 BGB .....	88
b) Die Kumulation der Willensmängel .....	88
c) Die Bedeutung der §§ 122 Abs. 2, 142 Abs. 2, 179 Abs. 3 S. 1 BGB .....	89
III. Ergebnis .....	90
C. Die Vollmachtsanfechtung bei Abschluß mehrerer Vertretergeschäfte ..	91
I. Problemstellung .....	91
II. Die Unanwendbarkeit des § 139 BGB auf die Vollmacht .....	92
III. Die Pflicht des Vertretenen zur Genehmigung der Vertretergeschäfte	93
D. Die Anfechtung der Vollmacht als Problem des Vertrauens- und Verkehrsschutzes .....	93
I. Der Verkehrsschutz des § 170 BGB für die Außenvollmacht .....	94
II. Das Vertrauensschutzproblem bei Abschluß mehrerer Vertretergeschäfte .....	94
III. Das Verkehrsschutzproblem bei Abschluß mehrerer Vertretergeschäfte .....	95
IV. Ergebnis .....	97
E. Zusammenfassung der Ergebnisse des 1. Abschnitts .....	97

## 2. Abschnitt

### Die Irrtumsanfechtung der stillschweigenden Bevollmächtigung

§ 7 Die Voraussetzungen der stillschweigenden Bevollmächtigung .....	93
A. Begriffsbestimmung .....	98
B. Die konkludente und die stillschweigende Willenserklärung .....	99
I. Der Grundsatz der Formfreiheit rechtsgeschäftlicher Erklärungen ..	99
II. Die Anerkennung stillschweigender Willenserklärungen .....	100
1. Ablehnende Ansichten in der Literatur .....	100
2. Stellungnahme .....	101
C. Der objektive Tatbestand der stillschweigenden Bevollmächtigung ....	102
I. Die Begründung der Vertretungsmacht .....	103
II. Die Richtungsbezogenheit des Schweigens .....	103
D. Der subjektive Tatbestand der stillschweigenden Bevollmächtigung ...	104
I. Die fehlerfreie stillschweigende Bevollmächtigung .....	104
II. Fehlen des Handlungswillens bei der stillschweigenden Willenserklärung .....	104
III. Die Bedeutung des Erklärungsbewußtseins für die stillschweigende Willenserklärung .....	105
IV. Die Bedeutung des Geschäftswillens bei der stillschweigenden Willenserklärung .....	107

V. Die Bedeutung der Vermeidbarkeit des objektiven Erklärungsstatbestandes .....	107
E. Zusammenfassung .....	108
§ 8 <i>Die Anfechtung der stillschweigenden Vollmacht</i> .....	109
A. Grundsatz der Gleichbehandlung mit der ausdrücklichen Bevollmächtigung .....	109
B. Die Anfechtung wegen fehlenden Erklärungsbewußtseins bei der stillschweigenden Bevollmächtigung .....	109
I. Der Sachverhaltsirrtum .....	109
II. Der Schlüssigkeitsirrtum aufgrund falscher rechtlicher Bewertung .....	110
C. Zusammenfassung .....	111

3. Abschnitt

**Die Anfechtung der Vollmachtsgaben  
(§§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1 BGB)**

§ 9 <i>Normzweck, dogmatische Einordnung und Anwendungsbereich der §§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1 BGB</i> .....	112
A. Normzweck .....	112
B. Die dogmatische Einordnung der §§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1 BGB .....	112
I. Einleitung .....	112
II. Die Theorien zu §§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1 BGB .....	113
1. Die Rechtsgeschäftstheorie .....	113
2. Die Rechtsscheintheorie .....	113
3. Die Theorie von der gesetzlichen Vertretungsmacht .....	114
III. Stellungnahme .....	115
C. Der Anwendungsbereich der §§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1 BGB .....	116
§ 10 <i>Die Voraussetzungen der §§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1 BGB</i> .....	117
A. Der objektive Tatbestand der Vollmachtsgaben .....	117
I. Der objektive Tatbestand der Vollmachtsmitteilung (§ 171 Abs. 1 Alt. BGB) .....	117
II. Der objektive Tatbestand der Vollmachtsgabe durch öffentliche Bekanntmachung (§ 171 Abs. 1 2. Alt. BGB) .....	118
III. Der objektive Tatbestand des § 172 Abs. 1 BGB .....	118
B. Die subjektiven Voraussetzungen der §§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1 BGB bei dem Vertretenen .....	120
C. Die subjektiven Voraussetzungen der §§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1 BGB bei dem Dritten .....	121
I. Die Kenntnis der Vollmachtsgabe .....	121
II. Die Gutgläubigkeit des Vertragspartners .....	122
D. Rechtsfolgen der Vollmachtsgabe .....	123

§ 11 <i>Die Anfechtung der Vollmachtskundgabe</i> .....	124
A. Einleitung .....	124
B. Die Zulässigkeit der Anfechtung .....	124
I. Einwände gegen eine Anfechtbarkeit .....	124
II. Stellungnahme .....	125
C. Die zur Anfechtung zur Vollmachtskundgabe berechtigenden Irrtümer .....	128
I. Der Irrtum über die Rechtsfolgen der Vollmachtskundgabe .....	128
II. Der Irrtum über eine Bevollmächtigung .....	128
III. Der Irrtum gem. § 119 BGB bei der Vollmachtskundgabe .....	129
IV. Der Irrtum bei der Vollmacht und der Kundgabe .....	129
D. Die Rechtsfolgen der Anfechtung der Vollmachtskundgabe .....	129
§ 12 <i>Wertung der Ergebnisse des 3. Abschnitts</i> .....	130
A. Die Anfechtung der Vollmachtskundgabe als Problem des Verkehrsschutzes .....	130
I. Die Verkehrsschutzvorschriften der §§ 171 bis 173 BGB .....	130
II. Das Vertrauen des Kundgabeempfängers .....	130
III. Das Verkehrsschutzproblem .....	131
B. Die Bedeutung der §§ 171 f. BGB für die Anfechtung der Vollmacht (§ 167 Abs. 1 BGB) .....	131
I. Kein Schluß aus §§ 171 f. BGB auf die Unanfechtbarkeit einer Vollmacht .....	131
II. Die Benachteiligung der Vertragspartner, denen die Vollmacht nicht kundgegeben wurde .....	131
C. Ergebnis .....	132

#### 4. Abschnitt

##### **Die Anfechtung der Duldungs- und Anscheinsvollmacht**

§ 13 <i>Zweck, dogmatische Einordnung und Anwendungsbereich der Duldungsvollmacht</i> .....	133
A. Begriffsbestimmung und Zweck des Rechtsinstituts .....	133
B. Die dogmatische Einordnung der Duldungsvollmacht .....	134
I. Einleitung .....	134
II. Die Theorien zur Duldungsvollmacht .....	134
1. Die Rechtsgeschäftstheorie .....	134
2. Die Rechtsscheintheorie .....	135
3. Sonstige Theorien .....	135
4. Das Verkehrsschutzsystem von Frotz .....	135
5. Die Ablehnung der Duldungsvollmacht durch E. Wolf und Bienert .....	137
III. Stellungnahme .....	138
C. Der Anwendungsbereich der Duldungsvollmacht .....	140

§ 14 Die Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Duldungsvollmacht .....	140
A. Der objektive Tatbestand der Duldungsvollmacht .....	140
I. Die Voraussetzungen an das Verhalten des Vertretenen .....	140
1. Die Einräumung einer Stellung .....	141
2. Die Überlassung von Legitimationszeichen .....	141
3. Das Dulden von Vertretergeschäften .....	142
II. Einzelfragen zum objektiven Tatbestand der Duldungsvollmacht ..	144
1. Keine Beschränkung auf den Handelsverkehr .....	144
2. Duldungsvollmacht ohne jede Beziehung zwischen Scheinver-	
treter und Vertretenem? .....	144
B. Die subjektiven Voraussetzungen bei dem Vertretenen .....	145
C. Die subjektiven Voraussetzungen bei dem Dritten .....	146
I. Die Kenntnis des Rechtsscheintatbestandes .....	146
II. Die Gutgläubigkeit des Vertragspartners .....	147
D. Die Rechtsfolgen der Duldungsvollmacht .....	147
I. Die Fremdwirkung des Vertretergeschäfts .....	147
II. Haftung des Vertreters aus § 179 BGB? .....	147
§ 15 Die Anfechtung der Duldungsvollmacht .....	149
A. Die Zulässigkeit der Anfechtung .....	149
B. Die zur Anfechtung der Duldungsvollmacht berechtigenden Irrtümer ..	150
I. Der Irrtum über die Bedeutung des Duldens .....	150
II. Der Irrtum über eine Bevollmächtigung .....	151
III. Der Irrtum gem. § 119 BGB bei der Duldungsvollmacht .....	152
1. Die Duldung eines einzigen Vertretergeschäfts .....	152
2. Sonstige Fälle der Duldungsvollmacht .....	153
IV. Der Irrtum bei der Innenvollmacht und der Duldungsvollmacht ..	153
C. Die Rechtsfolgen der Anfechtung der Duldungsvollmacht .....	154
§ 16 Dogmatische Einordnung, Voraussetzungen und Rechtsfolgen der An-	
scheinsvollmacht .....	154
A. Begriffsbestimmung .....	154
B. Die dogmatische Einordnung der Anscheinsvollmacht .....	155
I. Einleitung .....	155
II. Die Theorien zur dogmatischen Einordnung der Anscheinsvollmacht	155
1. Die rechtsgeschäftliche Theorie .....	155
2. Die Rechtsscheintheorie .....	156
3. Die Anscheinsvollmacht als Haftungstatbestand der culpa in	
contrahendo .....	157
4. Die Anscheinsvollmacht als Grundlage einer Genehmigungsg-	
pflicht .....	158
5. Die Anscheinsvollmacht als Rechtsinstitut des Handelsrechts ..	159
6. Sonstige Auffassungen .....	160
III. Stellungnahme .....	160
1. Keine Verfestigung zu Gewohnheitsrecht .....	160

2. Die Anscheinsvollmacht im vertretungsrechtlichen Verkehrsschutzsystem .....	161
C. Die Voraussetzungen der Anscheinsvollmacht .....	165
I. Der objektive Tatbestand .....	165
II. Die subjektiven Voraussetzungen bei dem Dritten .....	166
III. Die subjektiven Voraussetzungen auf seiten des Geschäftsherrn ..	166
D. Die Rechtsfolgen der Anscheinsvollmacht .....	166
I. Die Anscheinsvollmacht als stets anfechtbare Rechtsscheinvollmacht .....	166
II. Die Rechtsfolge der Anscheinsvollmacht nach der Anfechtung ....	168
§ 17 <i>Wertung der Ergebnisse des 4. Abschnitts</i> .....	168
A. Die Anfechtung der Duldungs- und Anscheinsvollmacht als Problem des Vertrauens- und Verkehrsschutzes .....	168
I. Das Vertrauen des Dritten .....	168
II. Das Verkehrsschutzproblem .....	169
B. Die Anfechtbarkeit von Duldungs- und Anscheinsvollmacht und der vertretungsrechtliche Verkehrsschutz .....	169
I. Die Einstandspflicht für verursachten Rechtsschein .....	169
II. Die Anfechtbarkeit der Anscheinsvollmacht .....	170
C. Das Problem der Überlagerung von anfechtbarer Vollmacht und Rechtsscheinvollmacht .....	171
I. Einleitung .....	171
II. Die vorgeschlagenen Lösungen .....	171
1. Der generelle Anfechtungsausschluß .....	171
2. Der partielle Anfechtungsausschluß .....	172
3. Die Rechtsscheinhaltung als Folge der Vollmachtsanfechtung ..	172
4. Die Rechtsscheinvollmacht als Einwendungsausschluß .....	173
5. Die Erweiterung der Anfechtbarkeit einer Scheinvollmacht ...	173
III. Stellungnahme .....	174
1. Keine Erweiterung der Anfechtbarkeit einer Scheinvollmacht ..	174
2. Keine Einschränkung der Anfechtbarkeit rechtsgeschäftlicher Vollmachten .....	175
D. Ergebnis .....	178
E. Zusammenfassung der Ergebnisse des 4. Abschnitts .....	179

## 5. Abschnitt

### **Die Vollmachtsanfechtung wegen Drohung und arglistiger Täuschung (§ 123 BGB)**

§ 18 <i>Die Voraussetzungen der Anfechtung nach § 123 BGB</i> .....	180
A. Einleitung .....	180

B. Die Voraussetzungen der Anfechtung wegen Drohung (§ 123 Abs. 1 2. Fall BGB) .....	180
I. Der Begriff der Drohung .....	180
II. Die Widerrechtlichkeit der Drohung .....	181
III. Die Kausalität zwischen Drohung und Erklärung .....	182
C. Die Voraussetzungen der Anfechtung wegen arglistiger Täuschung (§ 123 Abs. 1 1. Fall BGB) .....	182
I. Der Begriff der Täuschung .....	183
II. Die Bedeutung der Arglist in § 123 Abs. 1 BGB .....	184
III. Anfechtung bei „rechtmäßiger“ Täuschung? .....	184
IV. Die Kausalität zwischen Täuschung und Erklärung .....	185
D. Die Einschränkung der Täuschungsanfechtung gem. § 123 Abs. 2 S. 1 BGB .....	185
I. Allgemeine Bestimmungen des Dritten .....	185
II. Die Auswirkung auf die Täuschungsanfechtung der Vollmacht ...	186
1. Grundsatz .....	186
2. Teleologische Reduktion des § 123 Abs. 2 S. 1 BGB .....	186
a) Bösgläubigkeit des Vertragspartners bei der Innenvollmacht	187
b) Die Bösgläubigkeit des Vertreters bei der Außenvollmacht .	188
c) Ergebnis .....	189
E. Einschränkung der Täuschungsanfechtung durch § 123 Abs. 2 S. 2 BGB? 190	
§ 19 <i>Der Anfechtungsgegner und die Rechtsfolgen der Vollmachtsanfechtung nach § 123 BGB</i> .....	193
A. Der Anfechtungsgegner .....	193
B. Die Rechtsfolgen der Vollmachtsanfechtung wegen Drohung .....	193
C. Die Rechtsfolgen der Vollmachtsanfechtung wegen Täuschung .....	193
D. Anhang § 19: Tabellarische Übersicht zur Vollmachtsanfechtung gem. § 123 BGB .....	194
§ 20 <i>Wertung der Ergebnisse des 5. Abschnitts</i> .....	197
A. Die Vollmachtsanfechtung wegen Drohung .....	197
I. Der Vertreter und/oder sein Vertragspartner kannten die Drohung (mußten sie kennen) .....	197
II. Weder der Vertreter noch sein Vertragspartner kannten die Drohung (mußten sie kennen) .....	198
B. Die Vollmachtsanfechtung wegen arglistiger Täuschung .....	199
I. Einleitung .....	199
II. Der Ausschluß der Anfechtung durch § 123 Abs. 2 S. 1 BGB .....	199
1. Gutgläubigkeit des Vertreters und seines Vertragspartners ...	200
2. Gutgläubigkeit nur des Vertragspartners bei der Außenvollmacht	200
III. Die Anfechtbarkeit der Innenvollmacht trotz Gutgläubigkeit des Vertragspartners .....	202
C. Ergebnis .....	202

§ 21	<i>Schlußbetrachtung des 1. Teils und Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse</i> .....	203
	A. Schlußbetrachtung zur Vollmachtsanfechtung nach bürgerlichem Recht	203
	B. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des 1. Teils .....	204

### *Zweiter Teil*

## **Die Anfechtung der Vollmacht nach Handelsrecht**

### 1. Abschnitt

#### **Die Geltung der Rechtsgeschäftslehre im Handelsrecht**

§ 22	<i>Die besondere Problematik der Anfechtung der handelsrechtlichen Vollmachten</i> .....	205
	A. Die Auswirkungen einer Vollmachtsanfechtung im Handelsrecht .....	205
	B. Grundtendenzen des handelsrechtlichen Vertretungsrechts .....	207
§ 23	<i>Die Geltung der Rechtsgeschäftslehre im Handelsrecht</i> .....	208
	A. Die verkehrsfreundlichste Lösung .....	208
	B. Ausschluß der Irrtumsanfechtung bei verschuldetem Irrtum des Kaufmanns? .....	209
	I. Die Ansichten von Flume und Kramer .....	209
	II. Stellungnahme .....	209

### 2. Abschnitt

#### **Der vertretungsrechtliche Verkehrsschutz des Handelsrechts**

§ 24	<i>Der Verkehrsschutz bei Prokura und Handlungsvollmacht</i> .....	212
	A. Der vertretungsrechtliche Verkehrsschutz bei der Prokura .....	212
	I. Die Garantie des Umfangs der Vertretungsmacht .....	212
	II. Verkehrsschutz hinsichtlich des Bestandes der Prokura? .....	212
	1. Die Ansicht Würdingers .....	212
	2. Stellungnahme .....	213
	3. Ergebnis .....	214
	B. Der registerrechtliche Verkehrsschutz bei der Prokura .....	214
	I. Einleitung .....	214
	II. Registerschutz und Prokuraanfechtung .....	215
	1. Die positive Registerpublizität .....	215
	2. Die negative Registerpublizität .....	216
	III. Ergebnis .....	217
	C. Die Prozeßvollmacht des Prokuristen .....	218
	D. Der Verkehrsschutz bei der Handlungsvollmacht .....	219

§ 25 <i>Der Verkehrsschutz des § 56 HGB und die Anscheinsvollmacht im Handelsrecht</i> .....	220
A. Einleitung .....	220
B. Die dogmatische Einordnung des § 56 HGB und die Auswirkungen auf die Anfechtbarkeit .....	220
I. Die dogmatische Einordnung des § 56 HGB .....	220
1. Die Theorien zu § 56 HGB .....	220
2. Stellungnahme .....	221
II. Folgerungen für die Anfechtbarkeit .....	222
C. Die „fahrlässige“ Anstellung .....	222
I. Einleitung .....	222
II. Der Meinungsstand .....	223
III. Stellungnahme .....	224
D. Die Anscheinsvollmacht im Handelsrecht .....	225
I. Die mögliche Argumentation .....	225
II. Begründungsversuche eines Anfechtungsausschlusses .....	226
1. Die Ansicht von Canaris .....	226
2. Die Ansicht Manigks .....	227
3. Stellungnahme .....	227
E. Zusammenfassung zum 2. Abschnitt .....	229

3. Abschnitt

**Die besondere Beteiligung des Kaufmanns am Geschäftsverkehr und die Konsequenzen für die Vollmachtsanfechtung**

§ 26 <i>Die unternehmensbezogenen Vollmachten als Akte der Organisation des kaufmännischen Unternehmens</i> .....	230
A. Problemstellung .....	230
B. Die Bedeutung des Unternehmens für die Beteiligung des Kaufmanns am Geschäftsverkehr .....	230
I. Die tatsächliche Bedeutung des Unternehmens .....	230
II. Der Unternehmensbegriff des Handelsrechts .....	231
III. Die Merkmale des handelsrechtlichen Unternehmensbegriffs im einzelnen .....	232
1. Das Unternehmen als organisierte Wirtschaftseinheit .....	232
2. Das Unternehmen als Mittel zur Beteiligung am Geschäftsverkehr .....	233
C. Die Bedeutung von Prokura und Handlungsvollmacht für das Unternehmen .....	233
I. Die Prokura als Akt der Organisation des Unternehmens .....	233
II. Die Handlungsvollmacht als Akt der Organisation des Unternehmens .....	234
D. Sonstige Vollmachten des Kaufmanns .....	234

E. Die besonderen Risiken der Anfechtung handelsrechtlicher Vollmachten für den Vertragspartner .....	235
I. Die Organisation der Außenbeziehungen des Unternehmens .....	235
II. Die erhöhte Störanfälligkeit des Vertretergeschäfts bei hierarchischen Vertretungsorganisationen .....	237
III. Die fehlende Erkennbarkeit der Störanfälligkeit .....	238
1. Lage bei hierarchisch strukturierter Vertretungsorganisation ..	238
2. Die fehlende Erkennbarkeit des Geschäfts als Vertretergeschäft	239
IV. Zusammenfassung .....	242
F. Die Anfechtung der handelsrechtlichen Vollmachten als Problem der Verteilung des kaufmännischen Organisationsrisikos .....	243
G. Gang der weiteren Untersuchung .....	244
<i>§ 27 Die dem Anfechtungsausschluß beim Schweigen im Handelsverkehr zugrundeliegende Wertung .....</i>	<i>244</i>
A. Die Einschränkung der Anfechtbarkeit des Schweigens auf einen Antrag nach § 362 HGB / auf ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben	244
I. Einleitung .....	244
II. Die dogmatische Einordnung .....	245
III. Die Fallgruppen eines möglichen Anfechtungsausschlusses .....	248
1. Der Irrtum über die Bedeutung des Schweigens .....	248
2. Die fehlende Kenntnis vom Inhalt des Antrags/Bestätigungsschreibens .....	249
a) Vergessen des ungelesenen Schreibens .....	249
b) Fehlende Kenntnis vom Zugang .....	250
(1) Zurechnung der objektiven Bedeutung des Schweigens ..	250
(2) Die Anfechtungsproblematik .....	253
3. Der Irrtum über den Inhalt des Schreibens .....	254
4. Zusammenfassung .....	258
B. Die Einschränkung der Anfechtbarkeit in den Fällen der §§ 75 h, 91 a, 386 Abs. 1 HGB .....	259
I. Überblick über die Vorschriften .....	259
II. Das Anfechtungsproblem .....	260
C. Die dem Anfechtungsausschluß zugrundeliegende Wertung .....	260
I. Die relevante Fallgruppe: fehlende Kenntnis vom Zugang .....	260
II. Die Begründungen für den Anfechtungsausschluß bei Tatsachenunkenntnis .....	261
III. Stellungnahme .....	262
IV. Überprüfung des Ergebnisses .....	265
1. Wertender Vergleich mit der Rechtsfolge beim Irrtum über den Inhalt des Schreibens .....	265
2. Die Parallelvorschrift zu § 362 HGB in § 663 BGB .....	267
3. Das normierte Schweigen im BGB .....	267
4. Wertende Schlußbetrachtung .....	272
a) Verdeutlichung des Ergebnisses .....	272

b) Bewertung der Interessen der Beteiligten .....	273
D. Ergebnis .....	274
§ 28 <i>Die Verteilung des kaufmännischen Organisationsrisikos hinsichtlich der handelsrechtlichen Vollmachten</i> .....	274
A. Das zu verteilende speziell handelsrechtliche Risiko .....	275
B. Die Notwendigkeit der Restriktion der §§ 119 ff. BGB hinsichtlich der handelsrechtlichen Vollmachten .....	275
I. Bedenken gegen die Anwendbarkeit der Anfechtungsvorschriften ..	275
II. Die Wertung des Anfechtungsausschlusses beim Schweigen im Handelsverkehr .....	276
III. Analyse der widerstreitenden Interessen .....	277
IV. Ergebnis .....	278
C. Der Anwendungsbereich der Restriktion der Anfechtungsvorschriften ..	278
I. Die rechtsgeschäftlichen Vollmachten des Handelsrechts .....	278
II. Die Rechtsscheinvollmachten des Handelsrechts .....	279
III. Die Modifizierung der Zurechnung bei den Rechtsscheinvollmachten des Handelsrechts .....	280
D. Die Auswirkungen auf die Anfechtungstatbestände .....	281
I. Der Ausschluß der Anfechtung gem. § 119 BGB .....	281
II. Einschränkungen der Anfechtung gem. § 123 BGB .....	281
1. Die Täuschungsanfechtung .....	282
a) Ausschluß der Anfechtung bei Täuschung durch Unternehmensangehörige .....	282
b) Einschränkung der Anfechtung bei Täuschung durch Unternehmensfremde .....	282
2. Die Anfechtung wegen Drohung .....	283
E. Die Anfechtbarkeit des Vertretergeschäfts analog § 166 BGB .....	284
F. Ergebnis .....	285
G. Wertung des Ergebnisses .....	286
I. Das Bedürfnis nach Rechtssicherheit im Handelsverkehr .....	286
II. Die Organisationsverantwortung als Korrelat zur Organisationsfreiheit .....	286
III. Der Ausgleich der fehlenden Rechtsfähigkeit des Unternehmens ..	287
§ 29 <i>Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des 2. Teils</i> .....	289

*Dritter Teil*

**Übertragbarkeit der handelsrechtlichen Ergebnisse  
in das bürgerliche Recht**

§ 30 <i>Die Einschränkung der Vollmachtsanfechtung durch nichtkaufmännische Unternehmensträger</i> .....	290
A. Problemstellung .....	290

B. Die Restriktionsvoraussetzungen für die Vollmachten nichtkaufmännischer Unternehmensträger .....	291
I. Die Unanwendbarkeit des §§ 119 ff. BGB auf unternehmensorganisierende Akte .....	291
II. Die besondere Risikolage für den Vertragspartner des Unternehmensträgers .....	293
III. Die Interessen der Beteiligten .....	296
IV. Ergebnis .....	296
C. Einschränkung der Vollmachtsanfechtung durch Angehörige freier Berufe? .....	297
I. Die Bedeutung der Praxen für die Ausübung freier Berufe .....	297
II. Die Restriktionsvoraussetzungen bei den von Freiberuflern erteilten Vollmachten .....	299
III. Abwägung und Ergebnis .....	303
1. Grundsatz der Zulässigkeit einer Vollmachtsanfechtung durch Freiberufler .....	303
2. Ausnahme von der Anfechtbarkeit der von Freiberuflern erteilten Vollmachten .....	303
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>304</b>

# Einleitung

## § 1 Einführung in die Problematik

Nach der Legaldefinition des § 166 Abs. 2 BGB ist die Vollmacht eine durch Rechtsgeschäft erteilte Vertretungsmacht. Ihre Anfechtung gem. §§ 119, 123 BGB müßte also ohne weiteres möglich sein. Und die Anfechtung einer Vollmacht bereitet auch in der Tat keinerlei Schwierigkeiten, wenn der Vertreter von ihr noch keinen Gebrauch gemacht hat, also noch kein Vertretergeschäft mit einem Dritten abgeschlossen hat. Insoweit läßt sich allein darüber streiten, ob das Anfechtungsrecht dadurch verdrängt wird, daß die Vollmacht jederzeit widerrufen werden kann (§ 168 S. 2 BGB): Dann käme eine Vollmachtsanfechtung nur in Betracht, wenn die Widerruflichkeit der Vollmacht ausgeschlossen wäre.

Problematisch ist die Anfechtung einer Vollmacht aber, wenn der Vertreter die Vollmacht gebraucht hat, wenn er also ein oder sogar mehrere Vertretergeschäfte abgeschlossen hat. Das wirtschaftliche Ziel der Anfechtung ist dann nicht die Beseitigung dieser Vollmacht für die Zukunft – hierzu würde ein Widerruf der Vollmacht ausreichen –, sondern die Anfechtung zielt auf das abgeschlossene Vertretergeschäft: durch die rückwirkende Vernichtung der Vollmacht (§ 142 Abs. 1 BGB) soll die Fremdwirkung des Vertretergeschäfts für und gegen den Vertretenen (§ 164 Abs. 1 BGB) beseitigt werden. Die Anfechtung der Vollmacht ist also für den Vertretenen nur das Mittel, sich vom Vertretergeschäft zu lösen.

Schon durch die Beteiligung von drei Personen am Zustandekommen des Vertretergeschäfts – Vollmachtgeber, Vertreter und Drittkontrahent – wirft die Vollmachtsanfechtung einige schwierige Fragen auf. Zu nennen sind beispielsweise die nach dem Anfechtungsgegner und nach den Ersatzansprüchen aus §§ 122, 179 BGB bei der Irrtumsanfechtung; noch problematischer ist die Rückabwicklung bei der Anfechtung wegen Täuschung und Drohung, weil hier der anfechtende Vollmachtgeber nicht zum Ersatz des negativen Interesses verpflichtet ist.

Neben den Abwicklungsfragen nach erfolgter Anfechtung ist insbesondere schwierig zu beurteilen, wann der Vollmachtgeber überhaupt zur Anfechtung berechtigt ist. Bei der Anfechtung gem. § 123 BGB ergeben sich dabei besondere Probleme im Hinblick auf § 123 Abs. 2 BGB. Und bei der Irrtumsanfechtung ist fraglich, ob sich der Irrtum bei der Bevollmächtigung auf das Vertretergeschäft ausgewirkt haben muß, damit der Vollmachtgeber

zur Anfechtung berechtigt ist. Dieses Problem verschärft sich dann, wenn der Vertreter aufgrund der Vollmacht mehrfach kontrahiert hat, der Irrtum des Vollmachtgebers aber nur für einzelne Geschäfte relevant geworden ist.

Das wohl größte Problem bei der Vollmachtsanfechtung besteht darin, eine widerspruchsfreie Verbindung zu sonstigen Tatbeständen herzustellen, die für den Vertreter eine Vertretungsmacht begründen, also zu den §§ 171, 172 BGB und zur Duldungs- und Anscheinsvollmacht. Hiermit sind zwei unterschiedliche Fragenkreise angesprochen. Bei dem ersten geht es darum, ob die durch diese Rechtsinstitute begründete Vertretungsmacht ebenfalls durch Anfechtung zu beseitigen ist. Denn wenn dies zu verneinen wäre, könnte hieraus folgen, daß die (rechtsgeschäftliche) Vollmacht ebenfalls unanfechtbar ist. Außerdem muß geklärt werden, wie es sich auswirkt, wenn außer der anfechtbaren Vollmacht gleichzeitig ein weiterer Tatbestand erfüllt ist, der ebenfalls eine Vertretungsmacht des Vertreters begründet, wenn insbesondere also die Voraussetzungen der Duldungs- oder Anscheinsvollmacht vorliegen.

Dieses Zusammenspiel von anfechtbarer (rechtsgeschäftlicher) Vollmacht und Vertretungsmacht aus anderen Rechtsinstituten macht es erforderlich, auch diese Tatbestände in die Untersuchung einzubeziehen. Zwar steht auch bei diesen vertretungsrechtlichen Rechtsinstituten die Anfechtungsproblematik und damit die Frage nach den subjektiven Voraussetzungen in der Person des Vertretenen im Vordergrund; um aber die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Legitimationen des Vertreters erkennen zu können, ist es erforderlich, auch auf die weiteren Tatbestandsmerkmale dieser Rechtsinstitute einzugehen.

Insgesamt ergibt sich damit schon für den Bereich des allgemeinen bürgerlichen Rechts, daß eine Untersuchung über die Vollmachtsanfechtung nicht nur von dogmatischem Interesse ist, sondern daß hiermit Probleme angesprochen sind, die auch für die Praxis von Bedeutung sind und über deren Behandlung bis heute große Unsicherheit besteht. Sich diesen Fragen vom pathologischen Fall aus zu nähern, verspricht fruchtbar zu sein, weil dieses Vorgehen zu einer Besinnung auf die Grundvoraussetzungen einer Haftung aus nicht rechtsgeschäftlichen Tatbeständen des Vertretungsrechts zwingt.

Die Untersuchung will sich nicht auf die Erörterung der Vollmachtsanfechtung im bürgerlichen Recht beschränken, sondern auch die handelsrechtlichen Vollmachten einbeziehen. Während die Vollmachtsanfechtung im bürgerlichen Recht, in dem Vollmachten in der Regel nur zum Abschluß eines oder einzelner Vertretergeschäfte berechtigen, trotz der angedeuteten Schwierigkeiten bei der Rückabwicklung praktisch durchführbar erscheint, ist dies im Bereich des Handelsrechts nicht mehr der Fall. Die handelsrechtlichen Vollmachten sind typischerweise auf den Abschluß einer Vielzahl von

Verträgen gerichtet. Deshalb würde die Anfechtung einer handelsrechtlichen Vollmacht dazu führen, daß entsprechend viele Geschäfte davon betroffen wären: sie würden nicht gem. § 164 Abs. 1 BGB für und gegen den Vertretenen wirken.

Ein anderes kommt hinzu: Einige handelsrechtliche Vollmachten – etwa Prokura und Generalhandlungsvollmacht – sind von sehr weitem Umfang; sie erfassen auch die Erteilung von (Unter-)Vollmachten für den Prinzipal. Durch die Anfechtung der Hauptvollmacht würden dann nicht nur die vom (Haupt-)Vertreter selbst abgeschlossenen Geschäfte im Verhältnis zum Vollmachtgeber unwirksam, sondern darüber hinaus sämtliche von den (Unter-)Bevollmächtigten abgeschlossenen. Im Extremfall, in dem sämtliche Vollmachten auf einer anfechtbaren Vollmacht beruhen, würde deren Anfechtung sogar dazu führen, daß das Unternehmen rechtlich während eines Zeitraums ohne Außenbeziehungen gewesen ist, obgleich tatsächlich eine Vielzahl von Verträgen abgeschlossen worden ist.

Die Zulässigkeit einer Anfechtung der handelsrechtlichen Vollmachten würde also einem Grundanliegen des Handelsrechts, Rechtssicherheit zu gewähren, widersprechen. Da auch das handelsrechtliche Vertretungsrecht durch das Bestreben nach Rechtssicherheit gekennzeichnet ist, wird untersucht, ob eine Anfechtung der handelsrechtlichen Vollmachten mit den §§ 48 ff. HGB zu vereinbaren ist. Für die Prokura gilt es darüber hinaus, diese Frage anhand des registerrechtlichen Verkehrsschutzes zu überprüfen. Und schließlich sind die anerkannten Fälle der Beschränkung der Anfechtbarkeit beim Schweigen im Handelsverkehr – insbesondere auf ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben – daraufhin zu untersuchen, ob die dem Anfechtungsausschluß zugrundeliegende Wertung auf die handelsrechtlichen Vollmachten übertragbar ist.

Insgesamt will die Untersuchung also auch die Unterschiede herausarbeiten, die die vertretungsrechtlichen Verkehrsschutzsysteme des bürgerlichen und des Handelsrechts aufweisen.

## § 2 Gang der Untersuchung

Der erste Teil handelt von der Anfechtung der bürgerlichrechtlichen Vollmacht. Ausgehend von der Vorstellung der Verfasser des BGB, daß ein Irrtum bei der Bevollmächtigung zur Anfechtung der Vollmacht und nicht des Vertretergeschäfts berechtigt, wird zunächst für die ausdrückliche Bevollmächtigung geprüft, wem die Anfechtung zu erklären ist und die damit zusammenhängende Frage nach den Ersatzansprüchen aus §§ 122, 179 BGB. Anschließend wird erörtert, welche Irrtümer zur Anfechtung der Vollmacht berechtigen. In diesem Zusammenhang wird auch zu den subjektiven Mindestvoraussetzungen einer Willenserklärung Stellung bezogen, einer